

20.03.2018

## Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP „Bürgerschaftliches Engagement beim Breitbandausbau unterstützen“ (Drucksache 17/2156)

### Genossenschaftlichen Breitbandausbau weiter fördern

#### I. Ausgangslage

Die Digitalisierung stellt für unser Land eine wichtige Herausforderung dar, die politisch so gestaltet werden muss, dass alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen von ihren Chancen profitieren. Nordrhein-Westfalens zukünftige wirtschaftliche Entwicklung hängt maßgeblich davon ab, wie die hiesigen Unternehmen diese Herausforderungen meistern. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen müssen darin unterstützt werden, die Potenziale der Digitalisierung zu heben – insbesondere wenn dies zu mehr Klima- und Ressourcenschutz oder Datensicherheit führt. Für die ökologisch-industrielle Modernisierung ist die Digitalisierung der Motor.

Die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen der Digitalisierung ist eine zeitgemäße technische Infrastruktur. Hier hat die rot-grüne Landesregierung in den letzten Jahren massiv investiert und unter anderem bis 2018 bis zu 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die flächendeckende Versorgung des Landes mit schnellem Internet zu gewährleisten.

Unter der neuen Landesregierung gibt es im Bereich der Förderung von schnellem Internet statt konkreter Handlungen bislang nur leere Versprechungen. Bei der schwarz-gelben Ankündigung, zusätzliche Mehrinvestitionen zur Stärkung und Beschleunigung der Digitalisierung in Höhe von sieben Milliarden Euro zur Verfügung stellen zu wollen, darunter fünf Milliarden Euro für gigabit-fähige Infrastruktur, fehlt jeder Hinweis darauf, woher diese Gelder kommen sollen und in welchen Jahren welche Mittel fließen sollen. Damit bleibt die Frage offen, welche Mittel in der 17. Wahlperiode des Landtages für dieses Ziel überhaupt zusätzlich bereitgestellt werden sollen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat außerdem angekündigt, eine Bestandsaufnahme zum Netzausbau zu erstellen, obwohl mit der Studie „Nachhaltiger NGA-Netzausbau als Chance für Nordrhein-Westfalen“ bereits eine nahezu flächendeckende Erhebung vorliegt, die auch

Datum des Originals: 20.03.2018/Ausgegeben: 20.03.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Hinweise darauf gibt, welche Modelle für den NGA-Ausbau bestehen und entsprechend Handlungsempfehlungen ausspricht. Eine dieser Handlungsempfehlungen lautet, eingetragene Genossenschaften sollten verstärkt als Betreibermodell für FTTP-Ausbauprojektes genutzt werden:

„Bei dem Vergleich von Betreibermodellen von Breitbandinfrastrukturen ist festzustellen, dass der Zweckverband und die GmbH heute bereits sehr häufig genutzt werden, die eingetragene Genossenschaft als Investorenmodell aber viel bessere Voraussetzungen hat. Das Genossenschaftsmodell kam in NRW bisher aber nicht zur Anwendung. Dies sollte sich ändern, der Grundsatz Betroffene zu Beteiligten zu machen, eignet sich kaum besser als in unterversorgten Gewerbegebieten und abgehängten Ortsteilen, kann aber darüber hinaus auch für weitergehende Ausbauprojekte genutzt werden“.<sup>1</sup> (S. 9)

Um die Potentiale von Genossenschaften für den Breitbandausbau erschließen zu können, haben die rot-grünen Regierungsfractionen den Haushaltsansatz für die Unterstützung von Strategien zur Implementierung neuartiger Genossenschaftskonzepte 2015 erstmalig um 100.000 Euro sowie 2017 um weitere 250.000 Euro erhöht.

Mit diesen Mitteln konnten zwei Modellprojekte im Bereich Breitband-Genossenschaften gefördert werden: in Hagen wird in einem Gewerbegebiet ein privatwirtschaftliches Modell umgesetzt, bei dem Firmen und Privatpersonen Mitglieder der neuen Genossenschaft werden können; in Ostwestfalen-Lippe sollen die Kommunen selbst der Genossenschaft beitreten. Beide Projekte werden vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband (RWGV) betreut und sind auf zwei Jahre angelegt. Ziel ist es, ein für Unternehmen und Kommunen geeignetes genossenschaftliches Geschäftsmodell zu entwickeln, das als Blaupause für weitere Projekte dienen kann. Die Genossenschaften bieten betroffenen Kommunen und Unternehmen die Möglichkeit, sich aktiv am Breitbandausbau in ihrer Region zu beteiligen.

## **II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:**

- die bisherigen Erfahrungen mit dem Breitbandausbau durch Genossenschaften auszuwerten und dem Landtag einen entsprechenden Bericht, in dem die Wirkungen und Hindernisse und entsprechende Schlussfolgerungen aufgeführt werden, vorzulegen.
- eingetragene Genossenschaften verstärkt als Betreibermodell für FTTP-Ausbauprojektes zu nutzen und hierfür entsprechende Mittel für einen flächendeckenden Einsatz in NRW zur Verfügung zu stellen.

Monika Düker  
Arndt Klocke  
Verena Schäffer  
Matthi Bolte-Richter

und Fraktion

---

<sup>1</sup> Dr. Martin Fornefeld et al.: Nachhaltiger NGA-Netzausbau als Chance für Nordrhein Westfalen. Studie im Auftrag der NRW.Bank. Düsseldorf. April 2015. S. 9.